



Spielberger Nachrichten

Nummer 65, April 2024

Gemeindezeitung der KPÖ



Zum Schutz der Menschen im Murtal: Lärmbelastung durch Airpower und Übungsflüge minimieren! KPÖ-Antrag von SPÖ und ÖVP angenommen

Lärm wird immer mehr zum Problem. Lärm macht krank. Das ist wissenschaftlich erwiesen. Im Aichfeld ist die Belastung besonders massiv: Der „normale“ militärische Flug- und Übungsbetrieb durch Eurofighter und andere Fluggeräte, Privatflüge, die Autobahn, die Eisenbahn und - in mehr als der Hälfte des Jahres - der Lärm durch den Red Bull Ring halten die Belastung hoch.



H e u e r kommt zu diesem oft kaum mehr zu ertragenden Lärm noch die Airpower hinzu. Die Airpower bedeutet nicht nur in den Tagen davor und

danach Lärmterror für die ganze Region.

Die Erfahrungen der vergangenen Flugshows zeigten, dass die Menschen in unserer Region schon Monate vor dieser Veranstaltung durch die Übungsflüge massiv gestört werden. Ohrenbetäubende Flugmanöver ohne Rücksicht auf die Bevölkerung, besonders auf Kinder, Kranke und alte Menschen waren auf der Tagesordnung.

Wir meinen aus den Erfahrungen mit der Airpower müssen Konsequenzen gezogen werden. Wir haben deshalb nebenstehenden Antrag in den Gemeinderat eingebracht. Die KPÖ hat sich immer klar gegen die Airpower ausgesprochen. Aber egal wie man zu dieser Veranstaltung steht, es muss die Verpflichtung unserer Gemeindepolitiker:innen sein, die Menschen, die hier leben zu schützen - sie müssen deshalb dafür eintreten die Lärmbelastungen zu minimieren.

Unser Antrag wurde von allen anwesenden Gemeinderät:innen einstimmig angenommen. Das ist sehr positiv. Wir werden ihn auch in anderen Aichfeld-Gemeinden einbringen.

Der Antrag der KPÖ:

**Zum Schutz unserer Bevölkerung!
Forderung der Stadtgemeinde Spielberg betreffend der Übungsflüge für die Airpower 2024**

Aus den Erfahrungen der letzten Airpower müssen Konsequenzen gezogen werden.

Der Gemeinderat der Stadtgemeinde Spielberg möge daher beschließen:

Der Gemeinderat fordert das Ministerium für Verteidigung auf folgende Anweisungen bzw. Anordnungen im Zusammenhang mit den Vorbereitungen zur Airpower 2024 zu erlassen:

- 1. Die Vorführungen bei der Airpower und die im Vorfeld stattfindenden Übungen sind auf ein Minimum zu reduzieren.**
- 2. Aus Lärm- und Sicherheitsgründen sind militärische Kunstflugübungen hauptsächlich über militärischem Gelände auszuführen. Es dürfen im Aichfeld keine Flugübungen über Wohngebieten mehr stattfinden!**

Die Gesundheit, die Sicherheit und das Wohlbefinden unserer BewohnerInnen des Aichfeldes muss an erster Stelle stehen, deshalb ersuchen wir den Antrag anzunehmen.

Im Knittelfelder Gemeinderat war dies bereits der Fall. Für uns völlig unverständlich haben SPÖ, ÖVP und FPÖ dort den Antrag abgelehnt. Offensichtlich ist diesen Gemeinderät:innen die Belastung der Bevölkerung egal.

Wir hoffen sehr, dass der Antrag in anderen Gemeinden - so wie in Spielberg - angenommen wird. Es ist ganz wichtig, dass sich die Bürgermeister:innen der Region für die Bevölkerung einsetzen und gemeinsam tätig werden. Die negativen Erfahrungen mit den Airpower-Vorbereitungen dürfen sich nicht wiederholen.

Bereich Red Bull Ring Westschleife: Massive Flächenversiegelung - Gemeinde war nicht informiert

Im Bereich des Red Bull Rings bei der Glatzkurve in Flatschach wurden eine großes Flächenstück versiegelt. Auf rund einem dreiviertel Hektar wurde eine Asphalt-Recycling Mischung aufgebracht. Eine Aktion die viele offene Fragen aufwirft.

Das Gelände, das versiegelt wurde ist Grünland und liegt teilweise laut Flächenwidmungsplan im Bereich eines geplanten Hochwasserrückhaltebeckens beziehungsweise eines Hochwasserschutzdamms. Es ist also offensichtlich, dass diese Fläche für den Hochwasserschutz eine Rolle spielt.

KPÖ-GR Erich Wilding hat daher die Fragen gestellt was hier geplant sei, ob eine Genehmigung vorliege und wie sich die Versiegelung mit der bestehenden Flächenwidmung vereinbaren lasse?

Der Bürgermeister antwortete, der Gemeinde sei nichts über das Vorhaben bekannt. Es liege bereits eine Anzeige vor. Die Gemeinde prüfe nun den Fall, auch ob eine Baubewilligung vorgeschrieben sei. Falls eine Bewilligung erforderlich ist, sei um diese nicht ange-sucht und diese daher auch nicht erteilt worden. Auf unsere Frage, ob es möglicherweise zu einem Rückbau komme könnte erklärte der Bürgermeister er könne derzeit keine Auskunft geben, da die Angelegenheit in Prüfung sei.

Die Flächenversiegelung nimmt erschreckende Ausmaße an. Nun wurde wieder eine Fläche zerstört. Es wird sich zeigen ob dies gesetzeskonform geschehen ist. Wir werden dranbleiben und berichten.



Fast ein dreiviertel Hektar wurde zur Asphaltwüste. Egal was weiter geschieht, dieses Grünland ist auf Jahrzehnte hinaus zerstört.



Rechnungsabschluss 2023: Weniger Mittel vom Bund, weniger Investitionen

Der Rechnungsabschluss der Gemeinde Spielberg 2023 zeigt ein leicht positives Ergebnis. Hauptgrund ist, dass zahlreiche Vorhaben, z.B. einige Straßensanierungen, erst 2024 ausgeführt werden.

Unsere Gemeinde konnte zwar ein leicht positives Ergebnis erzielen. Aber an der grundsätzlichen angespannten finanziellen Situation hat sich nichts geändert. Die Gemeinden sind maßgeblich von den Ertragsanteilen (Teil der Steuereinnahmen des Bundes, der an die Gemeinden ausbezahlt wird) abhängig. Spielberg hat um rund 60.000 Euro weniger vom Bund erhalten als veranschlagt.

Ende vorigen Jahres wurde das Finanzausgleichsgesetz beschlossen. Obwohl auch die SPÖ immer wieder mehr Geld und eine gerechtere Aufteilung fordert, stimmte sie diesem Gesetz unverständlicherweise zu. Somit ist die mangelnde finanzielle Ausstattung der Kommunen für die nächsten Jahre festgeschrieben. Dabei können die Hälfte der steirischen Gemeinden schon jetzt keinen ausgeglichenen Haushalt mehr erzielen.

Neben der Teuerung belasten die gestiegene Zinsen die Gemeinden. Verglichen mit 2022 stiegen die Zahlungen für

Ergebnishaushalt, gerundet	
Erträge:	14,50 Mio. Euro
Aufwendungen:	13,78 Mio. Euro
Entnahme von Haushaltsrücklagen:	0,51 Mio. Euro
Zuweisung auf Haushaltsrücklagen:	1,17 Mio. Euro
Nettoergebnis nach Haushaltsrücklagen:	70.000 Euro

Zinsen von 81.500 auf 464.000 Euro - und der Aufwand wird weiter steigen.

Weil die Gemeinden unterfinanziert sind müssen mehr Kredite aufgenommen werden.

Fortsetzung ➔

So profitieren private Banken an notwendigen öffentlichen Investitionen.

Wir haben schon oft gefordert, dass Infrastrukturmaßnahmen über günstige, besser noch zinslose, Kredite finanziert werden. Hier könnte die Bundesfinanzierungsagentur oder die Nationalbank herangezogen werden.

Nun wurde bekannt, dass die ÖVP-Grün-Regierung im Zuge des Wohnbaupakets zinsgünstige Kredite von 1,5% zur Verfügung stellt. Das kommt im wesentlichen den Privaten zugute. Während die Gemeinden für Infrastrukturprojekte Kredite mit vier Prozent und mehr berappen müssen, werden hier günstige Kredite aus den Hut gezaubert.

Hier zeigt sich das neoliberale Gesicht dieser Regierung, die einzelne Private und die Privatwirtschaft fördert und das Gemeinschaftliche klar benachteiligt. Diese falsche Weichenstellung geht auf Kosten von uns allen. Es wäre höchst an der Zeit für Widerstand.

Zusammen mit der Abschaffung der von uns immer wieder kritisierten Landesumlage, dem nicht stattgeben von Nachsichtsansuchen bei der Lustbarkeitsabgabe und einer günstigeren Kreditfinanzierung durch den Bund könnten wir damit gut 800.000 Euro mehr im Gemeindebudget haben - die unseren Bürger:innen zugutekommen würden.

Die KPÖ hat das Budget 2023 abgelehnt und auch dem Rechnungsabschluss nicht zugestimmt.

Gemeinderatssitzungen 2024:

**Do. 20. Juni,
Do. 26. Sept., Do. 12. Dez.**

Gemeinderatssitzungen sind öffentlich und können von den BürgerInnen besucht werden.

www.kpoe-steiermark.at
Die KPÖ-Murtal ist
auch auf Facebook

Liebe Spielbergerinnen und Spielberger!

Die neoliberale Steuerpolitik geht auf unsere Kosten!

Lohnnebenkosten senken um die Wirtschaft zu stärken - so tönt es von Politiker:innen, Wirtschaft und Medien. Klingt auf den ersten Blick gut - hat aber massive Verschlechterungen für unser Sozialsystem zur Folge.

Die Beiträge der Unternehmer sind keine „Lohnnebenkosten“, sondern ein Bestandteil der Löhne, der wesentlich für die Finanzierung unserer Sozialsysteme ist. **Jede Senkung ist ein Lohnraub**, und davon gab es in der Vergangenheit genug. Jedes Steuergeschenk an Unternehmen schmälert den Staatshaushalt. Geld, das für Soziales, Bildung oder Gesundheit fehlt.

Mit dem Familienlastenausgleichsfonds (FLAF) werden wichtige Leistungen, wie die Familienbeihilfe oder die Schülerfreifahrt finanziert. Er entstand 1955 durch einen einmaligen Lohnverzicht der Beschäftigten im Ausmaß von 6 Prozent. Dieser Lohnverzicht floss in einen Dienstgeberbeitrag ein. Der Beitrag wurde mehrmals auf nun 3,7 Prozent gesenkt. Wenn die Mittel aus dem FLAF nicht ausreichen werden Bundesmittel zugeschossen. Die stammen allerdings zu 80 Prozent von den Beschäftigten.

Der von den Unternehmern bezahlte Unfallversicherungsbeitrag wurde von 1,4 auf 1,1 Prozent gesenkt. Ein Teil der nun fehlenden Mittel wird von der Gesundheitskasse querfinanziert. Geld das für unsere Gesundheitsleistungen fehlt.

Hauptgewinner der Körperschaftssteuersenkung von 25 auf 23 Prozent sind die großen Unternehmungen. Denn Dreiviertel der Gewinne entfallen auf nur 2 Prozent der Unternehmen. Bis 2026 kostet dieses Steuergeschenk den Staat 2,8 Milliarden Euro.

Aber auch sonst bedient die ÖVP/Grün Regierung vor allem die BezieherInnen höherer Einkommen: Von der Einkommenssteuerreform 2021 profitieren die untersten Einkommen gar nicht. Aber je mehr jemand verdient, desto höher der Steuervorteil. Dieses Genschenk - vor allem für die oberen Einkommen - kostet dem Staat rund 4,3 Milliarden im Jahr.

Mit der Abschaffung der kalten Progression gehen dem Staatshaushalt allein bis 2027 25,6 Milliarden verloren, Von der Abschaffung profitiert das unterste Einkommensfünftel mit 60 Euro im Jahr, das reichste Einkommensfünftel mit 470 Euro.

In Summe gehen dem Staatshaushalt durch Geschenke an Unternehmer und Reiche im Jahr 2024 über 10 Milliarden verloren. In der Kanzlerrede in Wels präsentierte die ÖVP Vorschläge für Steuergeschenke die von 2025 bis 2030 rund 49(!) Milliarden kosten würden.

Aber nicht nur die ÖVP/Grün-Regierung, auch die NEOS und die FPÖ reden Steuergeschenken an die Wirtschaft das Wort. Die SPÖ hat - trotz Wahlversprechen - noch nie eine Verschlechterung zurückgenommen. Wollen wir diese Raubzüge auf unsere Kosten stoppen müssen die Menschen wieder lernen für ihre Interessen aktiv zu werden, meint ihr....

**...KPÖ-Gemeinderat Erich Wilding
E-Mail: erich.wilding@hotmail.com**



Für Frieden, Verhandlungen, Abrüstung und Neutralität Zwei Weltkriege sind genug!



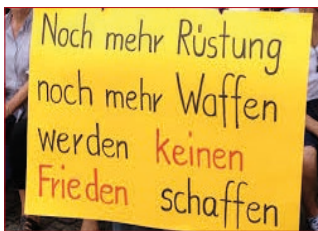
„Nie wieder Krieg!“, das war der Wunsch und die Forderung vieler Menschen nach den Schrecken des Zweiten Weltkrieges. Es wurden Instrumente geschaffen, wie die

UNO, um Konflikte auf internationaler Basis zu lösen. Österreich wurde ein neutraler Staat und konnte mit einer Friedens- und Vermittlungspolitik viel Ansehen in der Welt gewinnen. Heute stehen wir am Abgrund eines Atomkrieges.

Nach dem Zusammenbruch der Sozialistischen Länder wäre die Chance für eine weltweite Abrüstung vorhanden gewesen. Das Gegenteil geschah. Im Gegensatz zum „Warschauer Pakt“ - dem Militärbündnis der sozialistischen Länder - wurde die NATO nicht aufgelöst. Sie wurde erweitert und weiter aufgerüstet.

1991 änderte die NATO ihre Militärdoktrin vom Verteidigungsfall hin zum Angriffskrieg mit einem Mandat zum weltweiten Eingriff. Wichtige Abrüstungsabkommen wurden von den USA aufgekündigt. Unter Bruch der gegebenen Zusagen wurde die NATO-Osterweiterung bis hin zur russischen Grenze vorangetrieben, der NATO-Beitritt der Ukraine forciert. Die Proteste Russlands wurden ignoriert.

Vor zehn Jahren begann der Bürgerkrieg in der Ukraine. Der Ukraine-Krieg hat – wie jeder Konflikt – eine Vorgeschichte. Es ist ein lange schwelender Konflikt, bei dem auch die USA und die EU kräftig mitgemischt haben. Vor zwei Jahren hat Russland die Ukraine angegriffen. Der Krieg brachte Zerstörung und Tod. Er zwingt Millionen zur Flucht und verschärft Hunger und Elend in vielen Teilen der Welt.



Alle Seiten drehen an der Eskalationsspirale, bis hin zur Gefahr eines Atomkrieges.

In den Ländern der NATO und der EU herrscht ein wahrer Kriegs- und Rüstungstaumel. In Deutschland werden 100 Milliarden für zusätzliche Rüstung als „Sondervermögen“ tituiert. Die europäische Rüstungsindustrie soll angekurbelt und die EU „kriegstüchtig“ werden. Kürzlich hat das EU-Parlament gefordert, dass alle EU-Staaten

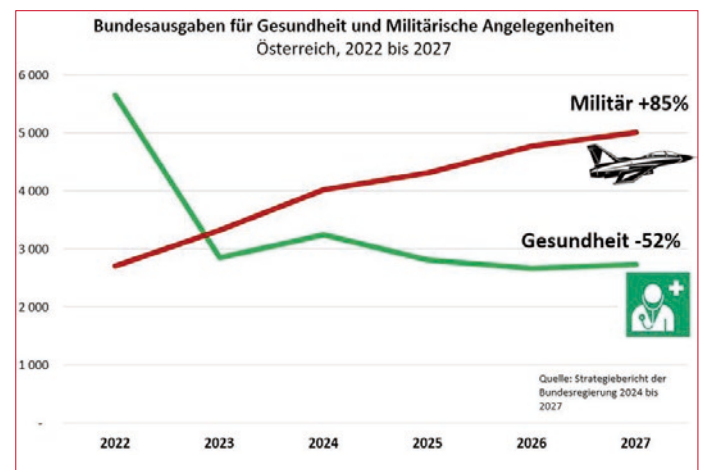
mindestens zwei Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts für Rüstung ausgeben sollen. Zusätzlich dazu noch 0,25 Prozent jährlich für die Ukraine.

85 Prozent mehr Militärausgaben
ÖVP, SPÖ, Grüne und Neos haben im EU-Parlament für diesen Antrag gestimmt. Für Österreich würden zwei Prozent des BIP rund 9,5 Milliarden Euro aus-

machen. Auch wenn es derzeit noch nicht zwei Prozent des BIP sind, auch Österreich rüstet auf und beteiligt sich an der Militarisierung der EU. Allein für „Sky Shield“ sind mindestens sechs Milliarden Euro vorgesehen. Die Militärausgaben sollen von 2022 bis 2027 um 85(!) Prozent steigen.

Geld für Rüstung statt Gesundheit

Andreas Huss, Obmann der Gesundheitskasse hat im ORF beklagt, dass nach der Finanzausgleichs-einigung jährlich 500 Millionen Euro an Steuermittel fehlen um im Bereich der niedergelassenen Ärzte aus der akuten Notsituation des Kassenärzt:innenmangels herauszukommen. Der Vizepräsident der österreichischen Ärztekammer Harald Mayer hatte für den ambulanten und stationären Bereich 5,3 Milliarden mehr gefordert um endlich die Großbaustellen im Angriff zu nehmen. Geworden sind es schließlich 920 Millionen. Das sind rund zwei Prozent mehr und deckt nicht einmal die Inflation.



Das gilt nicht nur im Bereich Gesundheit. Das Geld das für Rüstung ausgehen wird fehlt in allen sozialen Bereichen und in der Bildung. Hier sind die Regierenden bereit das System an die Wand zu fahren, während die Aufrüstung und die Gewinne der Rüstungskonzerne Höhenflüge erleben.

Österreich trägt auch die EU-Sanktionen mit. Den Krieg haben die Sanktionen nicht beendet, aber eine massive Teuerung entfacht und den europäischen Wirtschaftsstandort geschwächt. Wirtschaftsanktionen bringen nur Leid für die Zivilbevölkerung. So haben zum Beispiel die US-Sanktionen gegen den Irak rund 500.000 Kindern das Leben gekostet.

Messen mit zweierlei Maß

Alle Seiten sind im Krieg daran interessiert die Köpfe und Herzen der Menschen zu gewinnen. Der russische Angriff auf die Ukraine ist ein völkerrechtswidriger Angriffskrieg den wir ablehnen.

Fortsetzung ➔

Fortsetzung ↻

Er ist - entgegen der gängigen Erzählung - nicht der erste und einzige Bruch internationalen Rechts. Die Geschichte kennt zahlreiche völkerrechtswidrige Angriffskriege der NATO, teilweise auch mit EU-Unterstützung. Jugoslawien, Afghanistan, Irak, Libyen oder Syrien sind nur einige Beispiele. Millionen von Menschen sind dabei gestorben, Länder wurden verwüstet, Leid und Chaos hinterlassen - hier gab es keinen Aufschrei unserer Regierenden oder gar Sanktionen gegen die USA.

Klima der Angst

Um die Bereitschaft für Rüstung und Krieg herzustellen müssen Ängste geschürt und Feindbilder geschaffen werden. Fakten spielen keine Rolle. Untersuchungen zeigen, dass seit dem Beginn des Ukraine-Kriegs die psychischen Probleme vieler Menschen zugenommen haben.

Das Militärbudget der NATO ist rund 14 mal größer als das von Russland. Außer bei den Atomwaffen ist Russland in allen militärischen Bereichen der NATO klar unterlegen. Trotzdem werden Drohszenarien an die Wand gemalt: Die Russen würden planen andere NATO-Staaten anzugreifen oder gar bis nach Berlin zu marschieren - nur noch mehr Rüstung könne uns retten. Menschen, die für Friedensverhandlungen und Abrüstung eintreten werden diffamiert.

Man hat den Eindruck, dass die herrschenden Eliten nicht an einer Deeskalation interessiert sind. Wo bleibt das Ringen um Lösungen? Wo bleiben die Initiativen zur Beendigung des Kriegs, anstatt immer neues Öl ins Feuer zu gießen? ↻

KLEINE ZEITUNG
4.4.2024

ÖSTERREICH

Als die **FPÖ** für **Nato-Beitritt** war

Wenn es politisch opportun war, waren **FPÖ, ÖVP, SPÖ** schon einmal für **Beitritt**.

...nur eine Partei hat unsere Neutralität immer verteidigt:

KPO

Einladung zum KPÖ-Stammtisch

Reden, diskutieren, sich informieren
Jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat

KPÖ-Parteiheim, Friedensstraße 10, ab 18.00 Uhr

↻ Für Frieden und Neutralität

Krieg ist ein Verbrechen. Dabei geht und ging es nicht um Demokratie und Menschenrechte, sondern um Wirtschafts- und Machtinteressen. Die Verlierer dieser Konflikte sind die einfachen Menschen auf beiden Seiten. Krieg und Rüstung verschärfen auch die Klimakrise. Der derzeitige Kriegs- und Eskalationskurs ist eine Gefahr für die Existenz der Menschheit. Es braucht eine breite Bewegung für eine Beendigung des Krieges und eine neue Friedensordnung in Europa, für Völkerverständigung und Abrüstung. Das ist eine Überlebensfrage der Menschheit.

„Ich dachte immer, jeder Mensch sei gegen den Krieg, bis ich herausfand, dass es welche gibt, die dafür sind, besonders die, die nicht hingehen müssen.“

Erich Maria Remarque

Truppenübungsplatz: Geld für Gemeinde statt fürs Militär

Das Bundesheer will von der Gemeinde Judenburg den Ochsenboden kaufen. Bisher hat das Bundesheer das Grundstück nur gepachtet - zu für die Gemeinde sehr ungünstigen Pachtbedingungen.

Das Bundesheer nutzt das Gelände als Teil des Truppenübungsplatzes „Seetaler Alpe“. Schon jetzt machen ausländische Truppen 30 Prozent der dortigen Nächtigungen aus. Das soll noch deutlich mehr werden. Denn der Truppenübungsplatz ist Teil der EU-weiten „Mountain Training Initiative“. Das heißt ausländische Truppen sollen bei uns vermehrt den Einsatz im Gebirge trainieren.

Die Gemeinde Judenburg ist in finanziellen Schwierigkeiten. Es fehlen Millionen im Gemeindebudget und die Gemeindewohnungen müssten saniert werden. Judenburg hat nicht nur mit der generellen finanziellen Aushungerung der Gemeinden durch den Bund zu kämpfen. Außerdem gab es durch das Sinken der Einwohner:innenzahl unter 10.000 empfindliche Einnahmeverluste an Bundesmitteln.

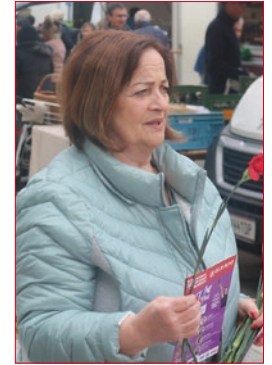
So wird die finanzielle Notlage der Gemeinde benutzt um den Verkauf von Gemeindeeigentum durchzusetzen. Der Bund will in den nächste Jahren Milliarden in das Bundesheer fließen lassen - die Gemeinden werden im Stich gelassen. Wenn der Bund das Geld hat den Truppenübungsplatz zu kaufen, könnte er genauso gut die Gemeinde unterstützen, z.B. durch eine deutlich höhere Pacht.

Wir sind aus Friedens- und Neutralitätsgründen dagegen, dass ausländische Truppen bei uns trainieren. Außerdem macht ein Truppenübungsplatz, so wie auch der Fliegerhorst Zeltweg, unsere Region im Kriegs- und Krisenfall zu einem Angriffsziel.

8. März- Internationaler Frauentag

Anlässlich des Internationalen Frauentags war die KPÖ unterwegs um Nelken zu verteilen und die Frauen an ihre Rechte zu erinnern.

Der 8. März wird seit nunmehr 113 Jahren auf der ganzen Welt als Frauentag begangen – und hat dabei leider nichts an Aktualität eingebüßt. Gleichstellung gibt es hierzulande zwar am Papier, die Realität schaut aber noch ganz anders aus. Ob weniger Geld für gleiche Arbeit, Teilzeitfalle oder die sehr ungleiche Verteilung unbezahlter Haushalts-, Erziehungs- und Sorgearbeit – die ökonomischen Benachteiligungen von Frauen sind vielfältig und haben System. Auch Gewalt gegen Frauen ist in Österreich noch immer allgegenwärtig. Zu tun gibt es also noch genug – und das nicht nur am 8. März, sondern an allen Tagen im Jahr.



EU: Weder sozial noch friedlich



Mit dem EU-Beitritt wird das Leben besser und unsere Neutralität bleibt unangetastet – so die Versprechen. Nach vielen Jahren EU-Mitgliedschaft wissen wir: Nichts davon ist wahr.

Die KPÖ ist gegen den EU-Beitritt Österreichs aufgetreten. Die EU ist

weder sozial, noch friedlich, noch demokratisch. Sie ist eine Konstruktion im Interesse der Banken und Konzerne.

Die vier Freiheiten der EU: freier Waren-, Dienstleistungs-, Kapital- und Personenverkehr nutzen vor allem den Konzernen. In den EU-Verträgen ist die neoliberale Ideologie des Privatisierungswahns und der Profitinteressen tief verankert.

Die EU hat für alle Staaten die Verpflichtung zur Aufrüstung in ihrer Verfassung verankert - das gibt es sonst in keiner anderen Verfassung. Anstatt für Friedensverhandlungen einzutreten befeuert die EU den Konflikt mit Russland, vergeudet Milliarden unserer Steuermittel für Waffenlieferungen und Aufrüstung. Die wirkungslosen

Sanktionen haben zu einer enormen Teuerung in den EU-Staaten geführt - und das Leben für viele noch schwerer gemacht.

Trotzdem braucht es auch in Brüssel eine Stimme gegen Lobbyismus und für Frieden und Neutralität – deshalb kandidiert die KPÖ zu den EU-Wahlen.

Renate Pacher
KPÖ-GR in Knittelfeld

WOHNEN STATT KANONEN
Die Stimme für Frieden & Neutralität
Am 9. Juni: Günther Hopfgartner KPÖ



Im Vorjahr hat uns ein Spielberger Bürger kontaktiert weil die Geschwindigkeitsbegrenzungen im Bereich Poststraße-Volksschulstraße oft nicht eingehalten werden.

Das haben wir in der vorletzten Gemeinderatssitzung eingebracht. Ein konkreter Vorschlag betraf die Ausfahrt von der Kinderkrippe in die Poststraße. Dort ist die Sicht durch Fichtenzweige stark beeinträchtigt. Nachdem sich dort nichts geändert hat hat KPÖ-GR Petra Lorberau angeregt die Gemeinde solle mit den Verantwortlichen Kontakt aufnehmen. Der Bürgermeister erklärte, verantwortlich sei die Energie Steiermark und hier sei es schwer jemanden zu erreichen. Man werde sich erneut bemühen.

Tag der offenen Konten 2023: KPÖ half mit 10.672 Euro 188 Murtaler:innen in Notlagen

Der Knittelfelder KPÖ-Stadtrat **Josef Meszlenyi** und die Sozialarbeiterin **Karin Gruber** bieten in Knittelfeld regelmäßig Sozialsprechstunden an. Dabei leistet die KPÖ neben Beratung und Hilfe in Notfällen auch direkte finanzielle Unterstützung. Das ist möglich, da die KPÖ-Landtagsabgeordneten **Claudia Klimt-Weithaler** und **Werner Murgg** – wie alle KPÖ-Mandatar:innen – den Großteil ihres Polit-Einkommens an den KPÖ-Spzialfonds abführen. Sie selbst behalten sich 2.500 Euro monatlich, was einem guten Facharbeiter:innengehalt entspricht. Das restliche Geld kommt in Not geratenen Menschen zugute. Wie und wofür genau, darüber haben wir am „Tag der offenen Konten“ berichtet.

Im Bezirk Murtal wurden im vergangenen Jahr 2023 188 Personen mit insgesamt 10.672 Euro unterstützt. Die Wichtigkeit dieser unbürokratischen Hilfe unterstreicht Josef Meszlenyi: „Bei uns finden die Menschen immer ein offenes Ohr, ganz egal, wie groß oder klein das Problem ist. Mit unseren Sozialberatungen helfen wir schnell und unbürokratisch und wenn jemand in einer akuten Notlage ist, auch finanziell weiter. Heuer waren die hohen Wohn- und Lebenskosten sehr häufig Thema. Miete, Strom, Heizung und der wöchentliche Einkauf – alles wird immer teurer. Erst vor Kurzem hatten wir eine Dame bei uns, deren Wohnkosten sich über zwei Jahre von 760 auf fast 1.100(!) Euro erhöht haben. Kein Wunder, dass sich das vorne und hinten nicht mehr ausgeht. Solche Fälle gibt es viele. Die Leute zahlen mit Mühe und Not ihre Wohnkosten, haben dann aber nichts mehr zum Leben und kommen zu uns.“

Warum die Sozialsprechstunden so wichtig für die Arbeit der KPÖ sind, hat Claudia Klimt-Weithaler erklärt: „In der Politik wird oft viel geredet und wenig getan. Wir versuchen, die Menschen nicht auf eine bessere Welt zu verträsten, sondern immer mit Rat und Tat zur Seite zu stehen und zu helfen. In unseren Sozialberatungen erfahren wir jeden Tag, wo Leuten der Schuh drückt. Daraus nehmen auch wir viel mit und machen die Schieflagen politisch zum Thema.“

Die Sozialarbeiterin Karin Gruber ergänzte: „In unseren Sozialberatungen sehen wir es ganz direkt: Viele Menschen tun sich nach Jahren der Krise immer schwerer, die Kosten des alltäglichen Lebens zu bestreiten. Zunehmend sind auch Menschen mit kleinen und mittleren Arbeitseinkommen am Ende ihrer fi-



nanziellen Möglichkeiten. Die Politik ist daher gefordert, hier gegenzusteuern. Auf Bundesebene braucht es endlich amtliche Preisregelungen für Mieten, Energie und Grundnahrungsmittel.

Auch in der Steiermark liegt sozialpolitisch Einiges im Argen. Nur ein Beispiel: Die steirische Wohnunterstützung ist auch nach der groß angekündigten ‚Erhöhung‘ im Sommer 2023 noch immer unter dem Niveau von 2006, als die Wohnbeihilfe eingeführt wurde. Die Wohnkosten hingegen haben sich in derselben Zeit fast verdoppelt. Diese Rechnung kann nicht aufgehen.“

Sprechstunde mit Sozialberatung

KPÖ-StR. Josef Meszlenyi
und DSA Karin Gruber

Mi. 8. Mai

KPÖ-Parteheim in Knittelfeld
Friedensstraße 10, 10.00 bis 12.00 Uhr,
Vor Anmeldung: 03512/ 82240

Es muß doch
etwas faul sein
im Innersten
eines Gesell-
schaftssystems,
das seinen
Reichtum
vermehrt, ohne
sein Elend zu
verringern.



Impressum: Medieninhaber,
Herausgeber, Verleger: KPÖ-Knittel-
feld-Spielberg, Friedensstraße 10, 8720
Knittelfeld. F.d. Inhalt verantwortlich:
Erich Wilding. Druck: Gutenberghaus,
Knittelfeld.



Jedrukt nach der Richtlinie „Druckerezeugnisse“
des Österreichischen Umweltzeichens,
UW-Nr. 744, 8720 Knittelfeld

GLB-KPÖ bei der Arbeiterkammerwahl

Faule Kompromisse gibt es mit uns nicht!

Die Arbeiterkammer hat als Serviceeinrichtung einen guten Ruf. Warum sollte man bei der kommenden Wahl ausgerechnet GLB-KPÖ wählen? Wir haben mit den Spitzenkandidaten der Liste 5, Georg Erkinger und Hilde Tragler gesprochen.

Georg Erkinger: Die AK ist viel mehr als nur ein Konsumentenschutzverein. Wir sind der Meinung, dass sie als Vertretung der arbeitenden Menschen ein Gegengewicht zur neoliberalen Politik sein muss. Das bringen wir in der Arbeiterkammer zur Sprache.

Hilde Tragler: Es braucht eine Fraktion, die sich konsequent für die Interessen der Arbeiter:innen und Angestellten einsetzt, und auch einmal unangenehme Themen anspricht, die die Mehrheitsfraktion gern unter den Teppich kehren will.

Was sind die Themen, die die Liste GLB-KPÖ in den Vordergrund rücken möchte?

Erkinger: Eine der brennendsten Fragen derzeit ist jene nach einer umfassenden Gesundheitsversorgung in der Steiermark. Wir haben dabei sowohl die Interessen der Patientinnen und Patienten im Auge, als auch jene der Bediensteten in den Spitälern und in der Pflege. Die Landesregierung darf mit ihrem Kahlschlag bei den Spitälern nicht durchkommen.

Tragler: Es gibt breiten Widerstand in der Bevölkerung dagegen, es wäre wichtig, dass sich auch die AK entsprechend zu Wort meldet. Von der SPÖ-FSG ist hier leider nichts zu erwarten, Zeit, dass sich hier etwas ändert!

Die Inflation hat im vergangenen Jahr neue Rekordwerte erreicht, und noch immer steigen die Preise. Kann man da nichts dagegen machen?

Erkinger: Zunächst muss man festhalten: die Preise steigen nicht einfach so, sondern sie werden erhöht! Und es gibt Konzerne und Spekulanten, die davon profitieren. Bezahlen müssen die einfachen Menschen, ob beim täglichen Einkauf, an der Tankstelle oder über

die Mieterhöhungen. Hier braucht es eine Regulierung, also amtliche Eingriffe in die Tarif- und Preisgestaltung – gerade beim Wohnen, bei Lebensmitteln und den Energiekosten.

Tragler: Es heißt doch: Arbeit muss sich wieder lohnen. Das beste Mittel gegen hohe Inflation ist immer noch eine saftige Lohnerhöhung gewesen. Wenn die Gehälter und Löhne stagnieren, schlägt die Teuerung besonders durch.

Was dürfen wir uns erwarten, wenn der GLB-KPÖ in der AK gestärkt wird?

Tragler: Für uns kandidieren Menschen mitten aus dem Arbeitsleben, aus der Metallindustrie ebenso wie aus dem Pflegebereich oder Handelsangestellte. Wir wissen wo der Schuh drückt und sind die Stimme für soziale Gerechtigkeit.



Erkinger: Wir sind auch die einzigen, die grundsätzliche Fragen stellen, etwa zur Friedenspolitik. Eine Stimme für den GLB-KPÖ ist eine wichtige Stimme für die Interessen der arbeitenden Menschen und ein Denkmittel für die Herrschenden

AK-Wahlen von 16. bis 29. April - so geht's:

Wer ist wahlberechtigt?

Alle AK-Mitglieder die zum Stichtag (3.1.2024) umlagepflichtig waren – also einen Verdienst aus Arbeit bekommen haben. Arbeitsuchende, geringfügig Beschäftigte, Karenzierte, Lehrlinge, Präsenz- und Zivildienstler mit aufrehtem Arbeitsverhältnis nur dann, wenn sie sich in die Wählerliste haben eintragen lassen.

Wo und wie kann ich wählen?

Im Betrieb In vielen Unternehmen wird direkt im Betrieb gewählt: Infos und Aushänge beachten!

Per Brief Wenn es direkt im Betrieb kein Wahllokal gibt, werden Ihnen Wahlunterlagen zugeschickt. Sie können Ihre Stimme dann ganz einfach per Post (Achtung: Poststempel spätestens vom letzten Wahltag) abgeben oder **Persönlich** in der AK-Bezirksstelle für das Murtal, Zeltweg, Hauptstraße 82 wählen.

Wen wähle ich bei der AK Wahl?

Gewählt wird das „Arbeiterparlament“, die AK-Vollversammlung. Ihre Mitglieder sind die Kammerrät:innen. Diese wählen aus ihren Reihen die AK-Präsident:in ihrem Bundesland.

Achtung! Wer schon jetzt weiß, dass er zu den Wahlzeiten nicht im Betrieb ist, kann auf elektronischem Weg (Download „Wahlkartenantrag für Betriebsstempelwähler“) oder persönlich im Wahlbüro eine Wahlkarte beantragen. (Tel. 05/7799-2576, Mail: wahlbuero@akstmk.at bzw. Bezirksstelle der AK) und damit per Brief oder im öffentlichen Wahllokal wählen.